Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 5

Artikel: Die Schweiz in der Integrationsklemme
Autor: Schwertfeger, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337929

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lic. rer. pol. Richard Schwertfeger

Die Schweiz in der Integrationsklemme

Grossbritannien will in die EWG

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, dürfte nach menschlichem Ermessen das britische Beitrittsgesuch zum Gemeinsamen Markt bereits bei der EWG-Kommission in Brüssel vorliegen. An der EFTA-Ministerkonferenz vom 28. und 29. April in London hat Premierminister Wilson keinen Zweifel daran gelassen, dass die Weichen der britischen Politik jetzt resolut auf EWG-Kurs gerichtet sind. Das britische Unterhaus hat keinen Grund, sich seinen Argumenten zu verschliessen.

Was Grossbritannien anstrebt, ist das Statut eines Vollmitgliedes der EWG, mit allen Rechten und Pflichten. Dieser Zustand soll so schnell wie möglich herbeigeführt werden. Grossbritannien wird fast bedingungslos alles übernehmen, was die EWG kennzeichnet: den gemeinsamen Aussentarif, die gemeinsame Agrarpolitik sowie sämtliche weiteren Verpflichtungen des EWG-Vertrages, also unter anderem auch die Freizügigkeit des Kapitals und der Arbeitskräfte. Für einzelne kritische Sektoren wünscht Grossbritannien indessen eine mehrjährige Übergangs- und Anpassungszeit. Auch wird zur Bedingung gemacht, dass mit einzelnen Commonwealth-Ländern bestehende Wirtschaftsbeziehungen besonders enger Natur — zum Beispiel der britische Butter- und Schaffleischimport aus Neuseeland sowie die Zuckereinfuhr aus Westindien — aufrechterhalten bleiben. Die britische Regierung will also, mit anderen Worten, der EWG mit einem Höchstmass an Konzessionsbereitschaft gegenübertreten und hofft dadurch, die in Paris und anderswo noch latent vorhandenen politischen Widerstände aus dem Feld zu schlagen. Ob diese Taktik richtig ist, werden erst die kommenden Verhandlungen in Brüssel zeigen.

Welches sind die Auswirkungen des britischen EWG-Vorstosses auf die EFTA-Länder? Allgemein ist man über Zeitpunkt und Tempo des britischen Vorstosses überrascht. Man ist sich auch darüber im klaren, dass die britische Verhandlungsposition durch diese Eile nur geschwächt wird. Man versteht nicht ganz, warum Grossbritannien nicht den Abschluss der Kennedy-Runde im GATT, der auf Pfingsten erwartet wird, als günstigeren Zeitpunkt gewählt hat. Offenbar sind die Bestimmungsgründe für Wilsons Initiative vorwiegend innenpolitischer Art. Unter diesen Vorzeichen erscheint sehr unwahrscheinlich, dass Grossbritannien als Bahnbrecher für die neutralen EFTA-Staaten Schweiz, Schweden und Österreich wirken könnte, die ein Verhältnis besonderer Art zur EWG anstreben. Dagegen ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass Grossbritannien seinem ebenfalls zum Vollbeitritt entschlossenen EFTA-Partner Dänemark sowie dem mit

ihm durch ein Freihandelsabkommen verbundenen Irland den Weg in den Gemeinsamen Markt ebnen wird. Die frühere britische Erklärung, Grossbritannien werde der EWG nur beitreten, falls dieser Weg auch seinen EFTA-Partnern offenstehe, ist offensichtlich nicht mehr zu ihrem Nennwert zu nehmen. Übrigens soll Grossbritannien nicht den Wunsch hegen, nach seinem Beitritt zur EWG seine EFTA-Mitgliedschaft weiter aufrechtzuerhalten. Dies würde von der EWG mit Sicherheit nicht akzeptiert.

Weitere EWG-Kandidaten

Am ähnlichsten wie der britische Fall liegen die Interessen Dänemarks, das Grossbritannien auf dem Weg zum Gemeinsamen Markt wohl rasch nachfolgen wird. Auch Norwegen würde wohl, mindestens unter der gegenwärtigen bürgerlichen Regierung, sich zur Vollmitgliedschaft beim Gemeinsamen Markt entschliessen können. Einen Sonderfall bildet Portugal, dessen Wirtschaft dem Druck der grossen EWG noch lange nicht gewachsen sein dürfte. Sollte das Regime Salazar in Brüssel als genügend salonfähig erachtet werden, käme wohl — ähnlich wie für Griechenland und die Türkei — eine Assoziation mit dem Ziele späterer Vollmitgliedschaft in Frage. Ein Preis, den Portugal dafür mit ziemlicher Sicherheit entrichten müsste, wäre die Verselbständigung seines Kolonialimperiums.

Völlig ausgeschlossen aus politischen Gründen erscheint dagegen eine Vollmitgliedschaft oder Assoziation Finnlands. Dieses an die EFTA assoziierte Land müsste im Falle des Verschwindens der Freihandelszone wohl den teuersten Preis bezahlen, indem es praktisch von der europäischen Integrationsbewegung ausgeschlossen bliebe. Seine Zukunft wird weitgehend durch die Haltung Schwedens gegenüber der EWG präjudiziert.

Österreich ist mit seinen Sondierungsgesprächen bei der EWG-Kommission in Brüssel ebenfalls an die Grenze des Möglichen gegangen. Ohne eine — zweifellos neutralitätswidrige — Vollmitgliedschaft bei der EWG anzustreben, erklärte es sich zur Übernahme des gemeinsamen Aussentarifs, der Agrarpolitik und einer ganzen Reihe von Grundsätzen des EWG-Vertrages bereit. Die Sowjetunion hat durch ihre Intervention die Verhandlungen in Brüssel praktisch blockiert, und die Enttäuschung der Volksparteiregierung in Wien, die vielleicht allzu selbstherrlich in Brüssel vorgestossen ist, erscheint begreiflich. Der Besuch des Vorstehers des Eidgenössischen Politischen Departements in Wien hat, entgegen dem Gezeter der «Handelszeitung», viel zur Klärung dieser kritischen Situation unseres östlichen Nachbarlandes beigetragen.

Der Fall Österreichs zeigt, dass für die drei Neutralen der Weg zur EWG mit allerlei Dornen und Fussangeln gespickt ist. In Stockholm weiss man dies ebenfalls sehr gut und will — gleich wie die Schweiz — nichts überstürzen.

Und die Schweiz?

Die Schweizer Delegation an der EFTA-Ministerkonferenz vom 28. und 29. April erklärte, das zukünftige Verhältnis der Schweiz zur EWG bleibe offen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der neue britische EWG-Vorstoss das offizielle Bern zwar nicht unvorbereitet, aber in einem unerwarteten Augenblick getroffen hat.

Die Ausgangslage für die Schweiz ist in der Zwischenzeit etwas klarer geworden. Nach wie vor kommt ein Vollbeitritt der Schweiz zum Gemeinsamen Markt aus neutralitäts- und staatspolitischen Gründen nicht in Frage. Seitdem die EWG im Falle Österreichs klargemacht hat, dass auch die Assoziation beziehungsweise ein «Vertrag besonderer Art» mit der Übernahme praktisch aller Verpflichtungen des EWG-Vertrages verbunden wäre, ist es wohl angebracht, auch von der Unmöglichkeit einer schweizerischen EWG-Assoziation zu sprechen.

Trotzdem wird die Schweiz früher oder später einmal mit der EWG verhandeln müssen, denn eine «splendid isolation» können wir uns nicht leisten. Da die EFTA sicher noch zwei bis drei Jahre «halten» wird, verfügen wir glücklicherweise noch über etwas Zeit, um uns die Tragweite alternativer Lösungen im einzelnen auszudenken. Eine Alternative wollen wir gleich von Anfang an ausschliessen: das völlige Fernbleiben unseres Landes von der (west)europäischen Integrationsbewegung. Eine solche Abstinenz würde vielleicht unserem Lande die Erhaltung seiner politischen Struktur über einige Jahrzehnte sichern, müsste aber zwangsläufig zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums führen und die Schweiz der Gefahr des wirtschaftlichen, vielleicht auch kulturellen und wissenschaftlichen Provinzialismus aussetzen. Es handelte sich in diesem Falle um einen Einsatz auf Kosten unserer Zukunft.

Es wäre wohl gescheiter, zu überlegen, welche Konzessionen die Schweiz der EWG im äussersten Fall anbieten könnte, dies natürlich vor dem Hintergrund der erheblichen wirtschaftlichen Potenz der Schweiz als Import- und Produzentenland. Im Industriesektor sollten sich keine unüberwindlichen Hindernisse zeigen. Die Schweiz kann der EWG — wie heute bereits ihren EFTA-Partnern — volle Zollfreiheit für Industriegüter auf Gegenseitigkeit vorschlagen. Auch gewisse Änderungen gesetzgeberischer Art erscheinen im Bereiche des Möglichen. Allerdings können wir uns den Souverän noch nicht recht vorstellen, der zum Beispiel durch die Erhebung einer eidgenössischen Ausgleichssteuer auf Einkommen und Vermögen sowie dem Ertrag der juristischen Personen die bisherigen krassen Unterschiede in der Steuerlast von Kanton zu Kanton beseitigen würde oder dem Ersatz der Warenumsatzsteuer durch ein Mehrwertsteuersystem seinen Segen gäbe. Unter dem harten Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeit könnte aber manches möglich werden, was heute noch staatspolitisch bedenklich erscheint.

Die Vorbehalte, die unser Land der EWG gegenüber anbringen muss, sind ja nur zum kleineren Teil wirtschaftlicher Natur. Landwirtschaftsgesetz und Landwirtschaftspolitik können auf keine Weise EWG-konform gemacht werden. Konzessionen auf diesem Gebiet bedeuten unweigerlich den Tod der schweizerischen Berglandwirtschaft, den Zusammenbruch des Getreidebaus sowie der Milchwirtschaft in unserem Lande. Es dürfte klar sein, dass das Schweizervolk — heute noch — nicht bereit ist, diesen Preis zu zahlen. Im Falle eines Arrangements mit der EWG, das sich auf den industriellen Bereich beschränkt, werden wir allerdings gegenüber der Konkurrenz durch höhere Lebensmittelpreise und Lohnkosten benachteiligt bleiben. Die Erhaltung des Bauernstandes wird so oder so keine billige Angelegenheit werden.

Zu den legitimen Vorbehalten staatspolitischer Art gehört unseres Erachtens die Erhaltung der Neutralität sowie ein genügender Schutz vor Überfremdung, und zwar bei Arbeitskräften *und* Kapital. Integration darf nicht Ausverkauf bedeuten. Was auf dem Gebiete der Wettbewerbspolitik zu geschehen hat, darüber kann man geteilter Meinung sein. Es wäre aber an der Zeit, diese grundsätzlichen Fragen unserer künftigen Wirtschaftsstruktur einmal in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Von den beiden zuständigen Departementen in Bern wird man auch verlangen dürfen, dass die Öffentlichkeit bald und umfassend über die verschiedenen Studien unterrichtet wird, die gegenwärtig zur Vorbereitung künftiger Verhandlungen mit der EWG sowie zur Abklärung allfälliger Alternativen erfolgen. Das Schweizervolk hat ein Recht darauf, zu wissen, was Europa kosten wird.

Die aktive Aussenpolitik ist richtig

Bundesrat Dr. Willy Spühler hat unseres Erachtens aus der Maxime seiner beiden Vorgänger, «Neutralität und Solidarität», die einzige richtige Konsequenz gezogen, indem er sie um den Begriff der «aktiven Aussenpolitik» bereicherte. In der Tat können die Fragen, die nicht nur in Europa, sondern weltweit an uns herantreten, nur mit einer aktiveren, dynamischeren Aussenpolitik bewältigt werden. Diese bedarf aber der Unterstützung der öffentlichen Meinung, die uns im Augenblick noch nicht gegeben scheint. Die Behörden dürfen sich nicht scheuen, auch unangenehme Tatsachen ans Licht zu bringen und auf ihre tiefgreifenden Strukturfolgen hinzuweisen. Der Weg der Schweiz nach Europa und in die Weltgemeinschaft wird von Rück- und Fehlschlägen nicht verschont bleiben. Die öffentliche Meinung muss darauf vorbereitet werden.

Die Bundesratsparteien, die demokratischen Kräfte überhaupt, haben hier eine grosse Verantwortung zu übernehmen. Sie müssen sie gemeinsam tragen und sich zur aktiven Aussenpolitik bekennen. Das leichte Donnergrollen nach dem Fehlschlag der Konjunkturdämpfung könnte sonst, durch ein integrationspolitisches Debakel gespeist, zum Orkan auswachsen.